

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : F of Part 3

Suggestion for protocol :

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member ~~–Alternate~~

Artikel F: Verfahren zur Änderung des Verfassungsvertrags

(1) *Jeder Mitgliedstaat, das Europäische Parlament und die Kommission können dem Europäischen Rat Die Regierung jedes Mitgliedstaats oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung des Verfassungsvertrags vorlegen. Diese Entwürfe werden den einzelstaatlichen Parlamenten mitgeteilt. Der Europäische Rat gibt hierzu gegebenenfalls nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Kommission eine Stellungnahme ab.*

(2) *Gibt der Europäische Rat ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an dem Verfassungsvertrag vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren. Bei institutionellen Änderungen im Währungsbereich wird auch die Europäische Zentralbank gehört. eine Stellungnahme zugunsten einer Überprüfung von Bestimmungen des Teils II des Verfassungsvertrages ab, so wird vom Präsidenten des Europäischen Rates eine Verfassungskonferenz einberufen, um auf Grundlage der Stellungnahme die an dem Verfassungsvertrag vorzunehmenden Änderungen auszuarbeiten. Die Verfassungskonferenz besteht aus je einem Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, einem Vertreter der Kommission und zwei Vertretern des Europäischen Parlaments.~~*

Gibt der Europäische Rat eine Stellungnahme zugunsten einer Überprüfung sonstiger Bestimmungen des Verfassungsvertrages ab, so wird vom Präsidenten des Europäischen Rates ein Verfassungskonvent einberufen, um auf Grundlage der Stellungnahme die an dem Verfassungsvertrag vorzunehmenden Änderungen auszuarbeiten. Der Verfassungskonvent besteht aus einem Präsidenten und zwei stellvertretenden Präsidenten, die vom Europäischen Rat ernannt werden,

aus je einem Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und zwei Vertretern der Kommission sowie aus je zwei Vertretern der nationalen Parlamente und einer gleichen Anzahl von Vertretern des Europäischen Parlaments.

(3) Nach Zustimmung des Europäischen Parlaments kann der Europäische Rat einstimmig den Mitgliedstaaten die Annahme der Änderungen gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften empfehlen.

(4) Die Änderungen treten am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats in Kraft, ~~nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind~~ sofern die Änderungen durch Volksabstimmung in jedem Mitgliedstaat eine Bestätigung gefunden haben.

(5) Verfassungsänderungen, die darauf abzielen, die in der Charta der Grundrechte anerkannten Rechte und Freiheiten abzuschaffen oder ihren Schutzzumfang zu verringern, sind unzulässig.

Explanation (if any) :

Absatz 1:

Auch das Europäische Parlament sollte Vorschläge zur Änderung des Verfassungsvertrages vorlegen können. Darüber hinaus sollte es der internen Rechtsordnung der Mitgliedstaaten überlassen bleiben, welches Staatsorgan einen Vorschlag zur Änderung der Verfassung vorlegt.

Der dritte Satz übernimmt die Formulierung aus Absatz 2, Satz 1, und zieht diese vor. Der Europäische Rat sollte zu einer Stellungnahme auch verpflichtet sein, wenn er sich gegen die Einberufung einer Verfassungskonferenz/eines Verfassungskonvents entscheidet.

Absatz 2:

Die bloße Übernahme der Formulierung aus Art. 48 EU-Vertrag geht nicht weit genug. Der über rein redaktionelle Verbesserungen hinausgehende materielle Mehrwert einer Zweiteilung des Verfassungsvertrages wird nur erreicht, wenn unterschiedliche Änderungsverfahren zur Anwendung kommen.

Für Teil II des Verfassungsvertrages sollte es im wesentlichen bei dem bisherigen Vertragsänderungsverfahren bleiben. Allerdings sollte der gewachsenen Bedeutung des Europäischen Parlaments durch die Anwendung des Zustimmungsverfahrens und durch eine veränderte Zusammensetzung der Konferenz, die die Änderungsvorschläge ausarbeitet, Rechnung getragen werden.

Für die allgemeinen Bestimmungen (jetziger Teil I und III) sowie für die Grundrechtecharta sollte darüber hinaus die Konventsmethode institutionalisiert werden.

Absatz 5:

Eine Verfassungsänderung, die auf eine Minderung des durch die Grundrechtecharta gewährleisteten Grundrechtsschutzes zielt, muss ausgeschlossen werden.